



«Dekarbonisierung wird von Innovation getrieben»

Vorbeugende Massnahmen müssen technisch machbar und wirtschaftlich tragbar sein.

Peter Hettich

Professor für öffentliches Wirtschaftsrecht



Peter Hettich ist Professor für öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität St. Gallen. Er befasst sich schwerpunktmässig mit der Regulierung von Unternehmen und Märkten.

Im Gespräch mit «Petrosphäre» erklärt der Uniprofessor Peter Hettich, warum eine funktionierende Wirtschaft massgebend für einen erfolgreichen Klimaschutz ist.

Herr Hettich, kann die Schweiz das Klima retten?

Petter Hettich: Nein, das kann sie nicht. Bei einem solchen kooperativen Spiel wäre es aber auch falsch zu denken, dass unser Beitrag zu den Emissionen so gering ist, dass wir nichts tun müssen. Es ist sinnvoll, sich in dem Mass zu beteiligen, in dem sich die anderen Länder auch beteiligen.

Die USA sind aus dem Pariser Abkommen ausgestiegen. Wie schlimm ist es?

Es macht gar nicht einen so grossen Unterschied, dass die USA jetzt formal aussteigen. Präsident Obama konnte dieses Abkommen nur unterzeichnen, weil er von Vornherein wusste, dass es nicht verbindlich ist. Die Abkommenssprache ist so vage,

«Die Dekarbonisierung von Gesellschaft und Wirtschaft zentral steuern zu wollen, wird zu hohen Kosten führen und kaum Erfolge zeigen.»

dass er es im Senat nicht ratifizieren lassen musste, wo es chancenlos gewesen wäre. Der grosse Erfolg dieses Übereinkommens ist, dass sich fast alle Länder der Erde dafür einsetzen, Reduktionsmassnahmen zu treffen. Für diesen Konsens wurde aber

ein Preis in Form von nicht verpflichtenden Zielen bezahlt. *durchaus sinnvoll.*

Sollte das Abkommen mehr verpflichtenden Charakter aufweisen?

Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass die Politik sich mit symbolischen Erfolgen begnügt, die kaum Wirkung entfalten. Auch die Presse scheint Freude an gut inszenierten Akten der Symbolpolitik zu haben, was man in Bezug auf die USA sehen kann: Schon Präsident Clinton hat das Kyoto-Protokoll unter grossem Jubel der Presse unterzeichnet. Es war aber klar, dass die USA dieses Abkommen niemals ratifizieren würden. Heute sind wir am gleichen Punkt, was die Unterzeichnung des Pariser Abkommens durch Präsident Obama angeht. Weiter haben sich China und Russland zum Abkommen bekannt. Ihre Ziele sind aber bei weitem nicht ambitioniert genug. Heute ist anerkannt, dass die individuellen Verpflichtungen der Länder nicht ausreichend sind, um die Ziele des Abkommens zu erreichen. Man sollte sich daher überlegen, ob man nicht lieber andere Strategien verfolgen sollte.

Welche?

Wenn man davon ausgeht, dass der Klimawandel unvermeidlich ist, muss man sich darauf vorbereiten und Anpassungsmassnahmen treffen. Das heisst aber nicht, dass man aufhören sollte, weiterhin kosteneffiziente Reduktionsmassnahmen betreffend den Klimawandel zu implementieren. Die Reduktion des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen ist ja dem Grundsatz nach

Muss die Nachhaltigkeit wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen?

Der in der Bundesverfassung verankerte Begriff der Nachhaltigkeit weist drei Dimensionen auf: eine wirtschaftliche, eine gesellschaftliche und eine Umweltdimension. Alle diese drei Aspekte müssen in eine Balance gebracht und möglichst gut erfüllt werden. Seit einigen Jahren gibt es jedoch Stimmen, die eine Hierarchie dieser Dimensionen fordern. Diese gehen davon aus, dass ohne intakte Umwelt keine Gesellschaft existieren kann und ohne Gesellschaft keine Wirtschaft. Das kann man aber auch gut umdrehen: Eine tragfähige Gesellschaft kann ohne gesunde Wirtschaft nicht funktionieren. Und ohne eine fortschrittliche Gesellschaft kommt der Umweltschutz zu kurz. Nur ein wirtschaftlich starkes Gemeinwesen kann sich einen guten Umweltschutz leisten.

Soll der Staat oder die Wirtschaft für den Klimaschutz sorgen?

Beide sind in der Verantwortung. Der Staat muss die Rahmenbedingungen setzen, die es den Unternehmen ermöglichen, Klimaschutz zu betreiben. Entscheidend sind hier die richtigen Anreize und vor allem ausreichend Raum für Innovation. Die Dekarbonisierung von Gesellschaft und Wirtschaft zentral steuern zu wollen, wird zu hohen Kosten führen und kaum Erfolge zeigen. ///